

17.02.2017

Bundesministerium des Innern
Frau Staatssekretärin
Dr. Emily Haber

ausschließlich per Mail: sth@bmi.bund.de

nachrichtlich:

Bundesministerium des Innern
Referat R1
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

ausschließlich per Mail: R1@bmi.bund.de

An die
innenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen

Entwurf eines Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,

wir sind seitens des zuständigen Referats Ihres Hauses zur Stellungnahme zu dem o. g. Gesetzentwurf aufgefordert worden und bedanken uns für diese Gelegenheit. Auch unter Berücksichtigung des erheblichen politischen Drucks, die in der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 09.02.2017 getroffenen Verabredungen in gesetzgeberische Maßnahme umzusetzen, läuft eine Frist von knapp 24 Stunden einer ordentlichen Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände zuwider. Innerhalb einer solch kurzen Frist ist eine vertiefte Auseinandersetzung mit den beabsichtigten gesetzgeberischen Maßnahmen, die zum Teil in erheblichem Ausmaß die kommunalen Ausländerbehörden berühren, nicht möglich. Aus diesem Grund behalten wir uns im weiteren Verfahren eine ausführliche Stellungnahme vor.

Gleichwohl möchten wir zu Art. 1 Ziffer 5 (§ 56a AufenthG-Elektronische Aufenthaltsüberwachung) folgendes anmerken:

Die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung wird grundsätzlich begrüßt. Wenn die Länder jedoch von der Möglichkeit, eine zuständige Stelle zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung zu bestimmen, keinen Gebrauch machen, liegt die Zuständigkeit hierfür bei den kommunalen Ausländerbehörden. **Diese Zuständigkeitsregelung wird nachdrücklich abgelehnt.**

Die Ausländerbehörden haben weder die technische Ausrüstung noch die personellen Kapazitäten, um den Vollzug und den mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung verbundenen Aufwand sicherstellen zu können. Eine solche sensible Aufgabe, wie die Überwachung von Personen, die die innere Sicherheit gefährden, zusätzlich den Ausländerbehörden aufzubürden, ist **in keiner Weise** nachzuvollziehen. Hier sollen den Ausländerbehörden Zuständigkeiten, Aufgaben und Berichts- und Kontrollpflichten hinsichtlich der „Überwachung von Gefährdern“, also Aufgaben der Gefahrenabwehr, übertragen werden, die nach unserer Auffassung eindeutig in das Aufgabenfeld der zuständigen Sicherheitsbehörden gehören, wie vergleichbare Regelungen in § 463a StPO und § 56 Entwurf des BKA-Gesetzes nahelegen. Eine solche Zuständigkeitsregelung dürfte auch verfassungsrechtlich problematisch sein.

Zudem muss klargestellt werden, dass ein Antrag auf richterliche Anordnung nach § 56a Abs. 1 AufenthG nicht von den örtlichen Ausländerbehörden, sondern von anderen Stellen – Strafverfolgungsbehörden – gestellt werden muss. Den örtlichen Ausländerbehörden fehlt die zur Beantragung erforderliche Kenntnis, ob und inwieweit von den Betroffenen eine erhebliche Gefahr für die innere Sicherheit oder für Leib und Leben Dritter ausgeht.

Vor diesem Hintergrund fordern wir mit allem gebotenen Nachdruck, die vorgesehene Zuständigkeit der Ausländerbehörden zu streichen und eine ausschließliche Zuständigkeit der Länder vorzusehen.